

Bitte Adresse der Schule einsetzen:

**Betriebliches Beschäftigungsverbot  
(§ 13 Abs. 1 Nr. 3 Mutterschutzgesetz)**

Für Frau

\_\_\_\_\_  
(Name, Vorname, Geburtsdatum)

\_\_\_\_\_  
tätig als

voraussichtlicher Entbindungstermin \_\_\_\_\_

spreche ich gemäß § 13 MuSchG mit Wirkung vom \_\_\_\_\_

ein betriebliches Beschäftigungsverbot aus, da unverantwortbare Gefährdungen im Rahmen ihrer Tätigkeit nicht ausgeschlossen werden können.

**Grund:**

- In der durchgeführten Beurteilung der Arbeitsbedingungen der Schwangeren konnte eine unverantwortbare Gefährdung auch nach Prüfung von geeigneten Schutzmaßnahmen und Prüfung eines Arbeitsplatzwechsels nicht ausgeschlossen werden.
- Es besteht eine bisher ungeklärte oder keine ausreichende Immunität der Schwangeren für ihre Tätigkeit.
- Es ist aktuell eine Infektionskrankheit in unserer Einrichtung aufgetreten, für die bei der Schwangeren/der Stillenden keine ausreichende Immunität besteht.

Andere Gründe:

\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_

**Das betriebliche Beschäftigungsverbot gilt:**

voraussichtlich bis zum

\_\_\_\_\_

bis zum Ende der Schwangerschaft

\_\_\_\_\_  
Ort/Datum

\_\_\_\_\_  
Stempel und Unterschrift der Schulleiterin/des Schulleiters

Original an die Schwangere aushändigen, jeweils eine Kopie

- an die Niedersächsische Landesschulbehörde, Dezernat 1P
- für die Personalakte/die Gefährdungsbeurteilung in der Schule